



# Polizeipräsident Werner Jantosch in den Ruhestand verabschiedet

„Ich habe der Polizei viel zu verdanken.“



Landesvorsitzender Joachim Lenders übergab das Abschiedsgeschenk der **DPoIG** mit allen guten Wünschen für die Zukunft.

Mit diesen Worten verabschiedete sich Polizeipräsident Werner Jantosch nach einer fast 44-jährigen Dienstzeit von „seiner“ Polizei. Über 400 Kolleginnen und Kollegen, Freunde, Weggefährten aus der Politik, der Hamburger Verwaltung, der Kultur und der Kirchen kamen am 13. Januar in Alsterdorf zusammen, um Werner Jantosch aus der Ham-

burger Polizei zu verabschieden. Fast acht Jahre leitete Jantosch erfolgreich als Polizeipräsident das Amt Polizei.

Werner Jantosch hat ganz entscheidend dazu beigetragen, aus der Hamburger Polizei eine moderne Großstadtpolizei zu formen. Während seiner Amtszeit hatte es Werner Jantosch gleich mit vier Innensenatoren

zu tun, mit Udo Nagel (parteilos), der auch sein Amtsvorgänger war, mit Christoph Ahlhaus (CDU), Heino Vahldieck (CDU) und zuletzt Michael Neumann (SPD). Dass nach der Bürgerschaftswahl des vergangenen Jahres und dem damit verbundenen politischen Richtungswechsel auch eine Diskussion um die Führungsspitze bei der Hamburger Polizei eintrat, war zu erwarten. Trotzdem kam der Zeitpunkt der Ablösung durch Innensenator Michael Neumann vor wenigen Wochen überraschend. Die **DPoIG Hamburg** hat die Entscheidung der Behördenleitung zur Entlassung von Werner Jantosch als Polizeipräsident bedauert. Die **Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) Hamburg** hatte mit Werner Jantosch stets einen zuverlässigen und fairen

Gesprächspartner. Meinungsverschiedenheiten, mitunter hart geführt, gehörten selbstverständlich auch dazu, wenn sich die **DPoIG Hamburg** als Interessenvertretung der Polizeibeschäftigten mit dem Polizeipräsidenten als Vertreter des Arbeitgebers auseinandersetzen musste. Jedoch waren die Auseinandersetzungen mit Werner Jantosch immer an der Sache orientiert, respektvoll und vom Selbstverständnis geprägt, sich auch danach immer in die Augen sehen zu können. Die **DPoIG Hamburg** wünscht dem nun ehemaligen Polizeipräsidenten Werner Jantosch einen aktiven und vor allem gesunden Ruhestand! Polizeipräsident Wolfgang Kopitzsch wünschen wir einen guten Start in ein schwieriges Amt.

*Der Landesvorstand*



Landesvorsitzender Joachim Lenders, Polizeipräsident Werner Jantosch und dessen Amtsvorgänger, der spätere Innensenator Udo Nagel (v.l.).

## Stimmen zur Ablösung von Werner Jantosch

„Die Ablösung von Werner Jantosch ist eine politische Entscheidung. Es gibt keine fachlichen Gründe. Die Frage ist, warum der Wechsel erst jetzt passiert und nicht zum Regierungswechsel umgesetzt wurde. Kopitzsch kennt die Personalien innerhalb der Polizei, hat Verwaltungserfahrung. Allerdings hatte er nie etwas mit dem operativen Geschäft der Polizei zu tun. Wichtig ist, dass er ein starker Polizeipräsident wird und kein verlängerter Arm des Innensenators.“

*Joachim Lenders, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG)*

„Die Umsetzung des Arbeitsprogramms des Senats stellt die Polizei vor die Herausforderung, die Wahrnehmung der Aufgaben für die Bürger noch effektiver zu organisieren. (...) Dies erfordert, Strukturen kritisch zu überprüfen und gegebenenfalls zu verändern, die in der Verantwortung des Polizeipräsidenten entwickelt und umgesetzt wurden. Das ist dem Polizeipräsidenten nicht zuzumuten.“

*Pressemittteilung (Auszug) der Behörde für Inneres und Sport (BIS), 29. Dezember 2011*

„Mit Jantosch muss ein Mann gehen, der nicht unumstritten war. Kritiker warfen ihm einen rüden Führungsstil vor. Doch bei allen Schwachpunkten war Jantosch Polizist mit Leib und Seele. Sein Beruf war ihm Lebensinhalt. Es wäre sauberer gewesen, wenn die SPD gleich nach dem Machtwechsel im Frühjahr Jantosch in den Ruhestand versetzt hätte. Wie die Innenbehörde danach mit dem Polizeipräsidenten umging, war unwürdig.“

*Thomas Hirschbiegel, Chefredakteur, „Hamburger Morgenpost“, 30. Dezember 2011*

„Die Sache riecht übel, um nicht zu sagen: Sie stinkt. Mit Polizeipräsident Werner Jantosch (parteilos) wird wieder ein Spitzenbeamter in die Wüste geschickt, weil er nicht das richtige Parteibuch hat.“

*Christian Kersting, „Bild“, 2. Januar 2012*

### Impressum:

Redaktion:  
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)  
Erdkampsweg 26  
22335 Hamburg  
Tel. (0 40) 48 28 00  
Fax (0 40) 25 40 26 10  
Mobil (0175) 3 64 42 84  
E-Mail: FRHamburg@gmx.de  
Landesgeschäftsstelle:  
Holzdamm 18, 20099 Hamburg  
Tel. (0 40) 25 40 26-0  
Fax (0 40) 25 40 26 10  
E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de  
Geschäftszeit: Montag bis  
Donnerstag, 9.00 bis 17.00 Uhr,  
Freitag, 9.00 bis 15.00 Uhr

Fotos: Thomas Jungfer, Andy Metzlaff, Frank Riebow, Jörn Sucharski, DPoIG Hamburg  
ISSN 0723-2230



# Castor 2011 – oder fünf Tage auf der „Suppenwiese“

Von Marc-Florian Sinn, Fachbereich Schutzpolizei

125 Stunden und 49 Minuten. So lange benötigte der vorerst letzte Castor-Transport aus dem französischen Le Hague nach Gorleben. Die Atomkraftgegner feierten diesen neuen „Zeitrekord“ natürlich als Erfolg – auch wenn viele technische Aufenthalte entlang der Strecke geplant waren. Friedliche Blockaden und andere Aktionen brachten den Zeitplan aber schon ein wenig durcheinander.

Neben den friedlichen Protesten zeigte dieser Castor aber auch wieder eine Steigerung zu den vorangegangenen Jahren. Die Gewalt gegen eingesetzte Polizeikräfte nahm an Intensität und Heftigkeit zu. Dies zeigte sich gerade während des Schienentransportes im Bereich Leitstade. Mit Helmen, Schutzausrüstungen und Stangen bewaffnet, stürmten immer wieder Störer aus dem

Wald auf die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen zu. Bei diesen Angriffen ging es den Störern nicht darum, die Transportstrecke zu erreichen, sondern einzig und allein darum, Polizisten zu verletzen. Der Höhepunkt



> Castor 2011 – Einsatz für die Reiterstaffel der Hamburger Polizei.

war, als die auf einer Waldwiese (der in Hamburger Kreisen so genannten Suppenwiese) abgestellten Leerkolonnen von einer

starken Störergruppe überfallen wurden und dabei gezielt mit Zwillen auf die Beamten geschossen wurde. Zum Glück gingen hierbei lediglich einige Scheiben zu Bruch.

Für die Zukunft erhofft sich die **DPoIG**, dass sich friedliche Protestierende ganz klar von solchen Handlungen distanzieren und auch die Initiatoren des Protestes solche Angriffe auf das schärfste verurteilen. Es ist keinem geholfen, wenn die Initiatoren wie Wolfgang Ehmke sich nicht auch in der Öffentlichkeit von dieser Gewalt distanzieren!

Positiv anzumerken ist, dass im Gegensatz zu den letzten Jahren diesmal Dauerblockaden von Zufahrtswegen nicht hingenommen wurden und die Versorgung der Kräfte im Einsatzraum zum größten Teil sehr gut funktioniert hat. Das

neue Versorgungskonzept hat in einigen Bereichen bereits Verbesserungen gezeigt, worauf in Zukunft aufgebaut werden kann.

Die Einsatzzeiten waren immer noch am Rande des Erträglichen. So mussten die aus Hamburg eingesetzten Kräfte der 1., 3. und 4. Hundertschaft 24 Stunden am Stück im Einsatz verbleiben. **Für die Zukunft ist hier die Forderung der DPoIG, dass die Versorgung weiter auf einem hohen Niveau gehalten werden muss und die Vergütung der Einsatzzeiten für alle eingesetzten Kräfte aller Bundesländer 1:1 erfolgen muss.** Auch bei diesem Einsatz waren die **DPoIG-Personalräte** Thomas Jungfer und Marc-Florian Sinn als Ansprechpartner vor Ort und versorgten die Kräfte mit heißen Getränken und kleinen Snacks.



> Gleich geht's los. Letzte Einweisung für die Kolleginnen und Kollegen der Landesbereitschaftspolizei – dann geht es ins Wendland.



# DU bist WIR

Von Thomas Jungfer, Mitglied im Landeshauptvorstand



> Was schon vor Jahrzehnten richtig war, gilt heute immer noch: Nur in der Gemeinschaft sind wir stark und können etwas bewirken.



> Thomas Jungfer

Natürlich kann man immer mal wieder das Gefühl bekommen, die Gewerkschaft, meine **DPoIG** oder der Personalrat machen zu wenig oder erreichen nichts.

Aber machen sie wirklich nichts? Oder sorgen sie nicht zu mindestens dafür, dass es wenigstens nicht noch schlechter wird? Der Kampf zur Wahrung dessen, was man hat, ist in den letzten Jahren erheblich schwieriger geworden. Da ist das Er kämpfen von Verbesserungen schon fast unerreichbar geworden. Und wenn man etwas erreicht hat, was ist dann gut?

Ist es gut, bei den vergangenen Verhandlungen über das Weihnachtsgeld statt null Euro, 1.000 Euro für Aktive und 500

Euro für Ruhestandsbeamte zu bekommen und statt 1,0 Prozent lineare Erhöhung, 1,5 Prozent (rückwirkend zum 1. April 2011) und 1,9 Prozent ab dem 1. Januar 2012 zu erhalten? Oder sieht man nur das Schlechte, denn 1.000 Euro sind nun mal weniger als das, was man vorher hatte? Und die Einmalzahlung in Höhe von 360 Euro ist auch nicht erreicht worden. Natürlich ist das Negative immer gewichtiger als das Positive und Jubelsprünge werden bei uns auch nicht gemacht, aber ist das ein Grund, gleich den Kopf in den Sand zu stecken und seiner Gewerkschaft Kampfbereitschaft abzusprechen? Wer als Polizeibeamter ohne Gewerkschaftszugehörigkeit Rechtsschutz benötigt, merkt sehr schnell, dass private Rechtsschutzversicherer untauglich für Polizisten sind. Die Verfahrenskosten beispielsweise bei Vorsatzstraftaten, und dazu zählen alle Amtsdelikte, werden von keiner privaten Rechtsschutzversicherung übernommen. Die Kosten bei der Regressnahme von Kolleginnen und Kollegen will ich nur am Rande erwähnen. Wer zahlt wohl die Rechnung bei einer Falschbetankung (durchschnittlich eine

Falschbetankung pro Monat), wenn die Kolleginnen und Kollegen nicht Mitglied einer Gewerkschaft sind? Was wäre denn passiert, wenn es bei dem ursprünglich von Schwarz-Grün geplanten „Null-Euro-Weihnachtsgeld“ geblieben wäre? Hätte die Gewerkschaft dann ihren Mitgliedern noch Geld auszahlen müssen? Jeder fasse sich mal selbst an die eigene Nase und überlege, wo er war, als es zum Demonstrieren vor das Rathaus ging und die **DPoIG Hamburg** auf die Mithilfe ihrer Mitglieder gezählt hat? Es ist immer einfach zu sagen, „die“ müssen das richten, aber eine Gewerkschaft kann eben nur so gut sein, wie sie von ihren Mitgliedern unterstützt und getragen wird. „**Ein Gramm Handeln ist mehr wert als eine Tonne der Predigt**“ (Mahatma Gandhi), und anstatt auf den Boten einzu-

hauen, sollte dieser von allen Seiten Unterstützung finden.

Wir sind eine starke Solidargemeinschaft, die von ihren Mitgliedern lebt und Kampfgeist hat.

Das Motto der **DPoIG Hamburg** lautet: „**Kollegen kämpfen für Kollegen!**“ Als Polizisten dürfen wir eines nicht tun, uns auseinanderdividieren lassen. Einen größeren Gefallen der Entsolidarisierung könnten wir dem Dienstherrn gar nicht tun. Noch eine Frage sei mir erlaubt, wo wären wir denn, wenn es keine Gewerkschaft gäbe, die den Finger in die Wunde legt? Auch die **DPoIG** kann es nicht jedem Recht machen, aber manchmal ist eben „weniger“ doch „mehr“. Besonders in schwierigen Zeiten ist der Zusammenhalt umso stärker gefragt und diese Zeit ist jetzt. **DU bist WIR** und wir brauchen uns!

## > Info

### Vlotho-Seminar – Restplätze frei

Für das in der Zeit vom 20. bis zum 25. Februar 2012 stattfindende Vlotho-Seminar sind noch einige wenige Restplätze frei. Wer noch an diesem Seminar teilnehmen möchte, setze sich bitte umgehend mit der **DPoIG-Geschäftsstelle** unter Telefon 040.254026-0 in Verbindung.



## DPoIG-Forderung erfüllt: Benachteiligung des Wechselschichtdienstes beendet PDV 350 ergänzt: Geänderte Urlaubsregelung an den Wochenenden

Die **DPoIG Hamburg** forderte Ende Oktober vergangenen Jahres Polizeipräsident Werner Jantosch auf, die PDV 350 dahingehend zu ändern, dass der Wechselschichtdienstleistende mit dem Tagesdienst bei der Urlaubsregelung an den Wochenenden angepasst und gleichgestellt wird. Mit der Entscheidung des Polizeivizepräsidenten und der „Internen Information“ vom 22. Dezember 2011 ist die PDV 350 folgendermaßen verändert worden:

„Für Vollzugsbeamte im Schichtdienst ist beim Berechnen der Urlaubsdauer gemäß Ziffer **700.006130** grundsätzlich die Fünftagewoche mit den allgemeinen Dienststunden von mon-

*tags bis freitags als Arbeitstage zugrunde zu legen. Sonnabende und Sonntage sowie auf Werk-tage fallende Feiertage sind nicht als Urlaubstage zu berechnen, es sei denn, es wird hierfür ein Freizeitausgleich gewährt.*

*Gemäß Entscheidung des Personalamtes aus dem Jahr 1992 dürfen Polizeivollzugsbeamte im Wechselschichtdienst ihren Urlaubsanspruch in drei Abschnitte teilen.*

*Bei Vollzugsbeamten, die ständig Wechselschichtdienst leisten, soll von den planmäßig zu leistenden Diensten abgesehen werden*

› am letzten Arbeitstag nach 16.00 Uhr,

› am ersten Arbeitstag nach dem Urlaub in der Zeit von 00.00 Uhr bis 07.30 Uhr,

› an gesetzlichen Feiertagen, Sonnabenden, Sonntagen und einem Wochenende vorhergehenden oder sich anschließenden gesetzlichen Feiertagen unmittelbar vor und nach dem Urlaub,

sofern dienstliche Gründe dem nicht entgegenstehen und dies von dem Beamten gewünscht wird. Tatsächlich geleistete Dienste werden mit der monatlichen Sollarbeitszeit verrechnet.

Bei Teilung des Urlaubs kann diese Regelung vor

und nach dem Urlaub höchstens dreimal im Urlaubsjahr in Anspruch genommen werden.“

Mit dieser Änderung steht den Wechselschichtdienstleistenden die Möglichkeit einer zusätzlichen Wochenendregelung auch für den dritten Teil ihres Jahresurlaubs zu. Die zu erbringende Arbeitszeit von 40 Stunden wird dadurch nicht berührt.

Die **DPoIG Hamburg** begrüßt diese Entscheidung und sieht sie als ersten Schritt, die Rahmenbedingungen für Wechselschichtdienstleistende zu verbessern und attraktiver zu gestalten.

## Redaktionsseminar der Landesredakteure

Von Frank Riebow, Landesredakteur

Einmal im Jahr treffen sich die für die Landesteile des „Polizeispiegels“ verantwortlichen Redakteure in Berlin zu einem mehrtägigen Redaktionsseminar, um sich auszutauschen, zu diskutieren und Anregungen aufzunehmen. Ziel ist es dabei, den „Polizeispiegel“, die Mitgliederzeitschrift der **Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG)**, als wichtiges Sprachrohr und Bindeglied zu den Mitgliedern und Lesern noch attraktiver und interessanter zu gestalten.

Wie werden komplizierte Sachverhalte für die Leser verständlich und nachvollziehbar aufbereitet? Wie platziert man Artikel und Fotos? Wie wichtig ist das Presserecht? Wie schreibe ich für das Internet? Mit diesen und weiteren Fragen des journalistischen Handwerks beschäftigten sich die Landesredakteure bei ihrem diesjährigen Seminar. Hilfreich ist hier oft ein Blick von außen und so gab es auch diesmal zahlreiche Tipps und Anregungen von Medienprofis. Als Referenten konn-

ten unter anderem der Münchner Medienanwalt Dr. Martin Schippan und der Pressereferent des nordrhein-westfälischen Justizministeriums, Hans-Joachim Klein, begrüßt werden. Selbstverständlich ließ es sich auch unser Bundes-

vorsitzende Rainer Wendt nicht nehmen, die Redakteure in Berlin willkommen zu heißen. Rainer Wendt betonte die Bedeutung unserer Mitgliederzeitschrift und bedankte sich für das ehrenamtliche Engagement der Redakteure.



› Besuch im ARD-Hauptstadtstudio. Aus diesem Studio kommt der wöchentliche „Bericht aus Berlin“ und hier musste Bundespräsident Christian Wulff sein persönliches Verhältnis zur Pressefreiheit erklären.



Das Unterbringungsproblem mit ehemaligen Sicherungsverwahrten wird immer skurriler. Gleich drei Behördenleiter, Justizsenatorin Jana Schiedek, Innensenator Michael Neumann und Sozialsenator Detlef Scheele (alle SPD), versuchten vor wenigen Wochen vergeblich, der Jenfelder Bevölkerung klarzumachen, dass ein Haus auf dem Gelände des Alten- und Pflegeheims Holstenhof, der am besten geeignete Platz zur Unterbringung der Ex-Sicherungsverwahrten Klaus-Peter W. und Karsten D. sei. Der Widerstand der Anwohner war massiv und vorhersehbar. Da half auch das 3.850 Euro teure Kommunikationskonzept einer extra von der Justizbehörde beauftragten Berliner Beratungsfirma nichts. Sozialsenator Scheele platzte während der Informationsveranstaltung irgendwann der Kragen, und er verstieg sich zu der Behauptung: „Das müssen wir tun, das hat uns das Gericht eingebrockt!“ Diese Aussage ist nur bei einer sehr oberflächlichen Betrachtung richtig. Die Ursachen hat natürlich die Politik gesetzt! Als der Gesetzgeber 1998 die Möglichkeit der nachträglichen Sicherungsverwahrung schuf – bis dahin war die Sicherungsverwahrung auf maximal zehn Jahre begrenzt – verstieß der Bundestag gegen das sogenannte Rückwirkungsverbot. Dieser Rechtsgrundsatz besagt unmissverständlich, dass niemand aufgrund eines Gesetzes verurteilt werden darf, dass es bei seiner Tat noch nicht gab. So kam es, wie es kommen musste, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte kassierte die Anordnung der nachträglichen Sicherungsverwahrung und das Bundesverfassungsgericht bestätigte das Straßburger Urteil. Seit 2010

## Sicher verwahrt?

# Die Ohnmacht der Politik im Umgang mit ehemals Sicherungsverwahrten – DPoIG Hamburg lehnt Dauerbewachung ab

Von Frank Riebow, Landesredakteur



werden nun von der Entscheidung betroffene Gewalt- und Sexualstraftäter entlassen und in die Freiheit „geschubst“. Gibt es Probleme – eine ungünstige Sozialprognose oder die Gefahr erneuter Straftaten – einfach 110 rufen! Seit anderthalb Jahren (!) wird nun Hans-Peter W. von der Hamburger Polizei bewacht und zwar rund-um-die-Uhr. Für die Unterbringung in Jenfeld wurden vom Senat schon mal Kosten von jährlich zweieinhalb Millionen Euro veranschlagt. 40 Kolleginnen und Kollegen sollten die 24-Stunden-Bewa-

chung der ehemals Sicherungsverwahrten gewährleisten. Wo soll das hinführen?

**Landesvorsitzender Joachim Lenders brachte es auf den Punkt, als er sich gegenüber dem „Hamburger Abendblatt“ äußerte: „Entweder, es gibt ein Gutachten, das besagt, dass diese Personen gemeingefährlich sind und eine Gefahr für die Bevölkerung darstellen – dann gehören sie weggesperrt. Dann kann man sie nicht in ein Haus in ein Wohngebiet stecken, das dafür überhaupt nicht geeignet**

ist. Dann muss es eine geschlossene Unterkunft wie das Haus 18 in Ochsenzoll sein. Wenn es so ein Gutachten aber nicht gibt – und so sieht das ja in diesem Fall aus – dann frage ich mich, warum man sie gemeinsam an einem Ort und unter strenger Bewachung haben will. Auf gefühlte Gefahr darf man nicht so reagieren. Dann müssen die beiden freigelassen werden, sich in der Stadt eine Wohnung suchen dürfen und psychologisch betreut werden. Aber die Polizei hat dann damit nichts zu tun. Ein Mittelding, so wie wir es jetzt erleben, ist nicht nachvollziehbar.“

Inzwischen schaltete sich der Erste Bürgermeister Olaf Scholz in die Debatte ein, allerdings wenig zielführend: „Jeder hat das Recht, sich selber eine Wohnung zu suchen.“ Falls einer der ehemaligen Sicherungsverwahrten dies mache und sich diese Bleibe auf Hamburger Gebiet befinde, werde der Senat für die Sicherheit der Bürger sorgen, erklärte Scholz gegenüber dpa.

Was soll eigentlich passieren, wenn sich noch mehr Ex-Sicherungsverwahrte plötzlich in Freiheit befinden und sich in Hamburg niederlassen, um in der vermeintlichen Anonymität der Großstadt unterzutauchen? Es ist die Aufgabe des Senats, ein tragfähiges, praktikables und gerichtsfestes Konzept zu entwickeln, das die berechtigten Sicherheitsinteressen der Bürgerinnen und Bürger wahrt und die Rechte der ehemals Sicherungsverwahrten berücksichtigt. Die bisherigen Ansätze sind vorerst gescheitert. Der „Notruf“ der Politik an die Polizei als immerwährende Option ist nicht nur keine Lösung – sondern rechtsstaatlich bedenklich! ■



## Fachbereich Verwaltung stellt vor: Die Asservatenstelle der Polizei Hamburg

Zurzeit lagern etwa 75.000 Asservate in der Asservatenkammer der Polizei (VT 1). Täglich gibt es etwa 400 Zu- und Abgänge von Asservaten. Derzeit sind dort insgesamt 18 Mitar-

beiter ausreichen, eine aberwitzige Vorstellung, die mit dem tatsächlichen Arbeitsvolumen nichts zu tun hat. Die **DPoIG Hamburg** hat bereits viele Gespräche ge-



Dieter Simoneit, Helga Bleecken, Michael Adomat und Willi Schomaker (v.l.).



DPoIG-Landesvize Freddi Lohse zu Besuch bei den Kolleginnen und Kollegen der Asservatenstelle.

beiter beschäftigt, diese Fülle von Vorgängen abzuarbeiten.

Dabei sollten nach dem derzeitigen Stellenbestand sechs

führt und ist sich mit der Dienststelle einig, hier müssen auf Dauer weitere, feste Stellen geschaffen werden. Leider sind die von der Res-

ourcenabteilung beantragten zwölf Stellen im letzten Stellenplan abgelehnt worden – Sparmaßnahmen! Die Kolleginnen und Kollegen haben dort erschwerte Arbeitsbedingungen. Sie arbeiten bis zu acht Stunden täglich im Keller, ohne Fenster. Teilweise leiden sie unter starker Geruchsbelästigung durch die Lagerung von BTM, Pfefferspray und CS-Gas.

Da es sich hier um einen sicherheitssensiblen Bereich handelt, sind besondere Maßnahmen nötig, wie zum Beispiel das Vier-Augen-Prinzip. Eine Verbesserung hat zumindest das Elektronische Verwahrbuch (EVB) gebracht. Am

schlimmsten ist aber die Ungewissheit. Seit vier Jahren arbeiten dort Kolleginnen und Kollegen als so genannte abgeordnete Asklepios-Rückkehrer. Immer in der Angst, morgen werden sie vielleicht wieder vom Personalamt abberufen. Die Kolleginnen und Kollegen dürfen nicht zum Spielball der Beschäftigungspolitik des Personalamtes werden. Zuletzt konnte eine Verlängerung der Abordnungen bis zum 31. Dezember dieses Jahres erreicht werden. Die **DPoIG Hamburg** wird die Bemühungen der Dienststelle unterstützen, die Abordnungen in stellengesicherte Übernahmen umzuwandeln.

### > Info

## Die neue Entgeltordnung TV-L ist in Kraft

Mit Beginn des neuen Jahres ist auch die neue „Bereinigte Entgeltordnung“ des TV-L in Kraft getreten. Die wichtigsten Informationen dazu sind:

Die „Bereinigte Entgeltordnung“ gilt unmittelbar nur in den Fällen der Neueinstellung sowie der Übertragung einer anderen Tätigkeit ab dem 1. Januar 2012.

Die bis zum 31. Dezember 2011 eingestellten Beschäftigten können bei

unveränderter Tätigkeit bis zum 31. Dezember 2012 beantragen, nach dem neuen Tarifrecht behandelt zu werden, wenn sich daraus für sie eine Höhergruppierung ergibt. Zu beachten ist, dass mit einer solchen Höhergruppierung auch weitere Veränderungen im Entgelt verbunden sein können. So fallen beispiels-

weise Strukturausgleichszahlungen weg oder die Höhe der Jahressonderzahlung verändert sich. Beate Petrou und Michael Adomat beraten unsere Mitglieder wie immer gern in dieser Frage. Die neue „Bereinigte Entgeltordnung“ des TV-L umfasst zurzeit weit über 300 DIN-A4 Seiten. Aus diesem Grunde wird die

**DPoIG Hamburg** noch im Frühjahr 2012 Tagesseminare für ihre Mitglieder anbieten, in denen wir alle wichtigen Fakten benennen und erklären werden. Der dbb Hamburg bietet in der Zeit vom 28. bis zum 30. März 2012 ein kostenpflichtiges Seminar in Handeloh an.



## Winter-Blaulichtparty der JUNGEN POLIZEI

Von Tine Ordemann, JUNGE POLIZEI

Alle Jahre wieder kommt nicht nur das Christkind, sondern auch die Jahresabschluss Blaulichtparty der JUNGEN POLIZEI.

Um euch in Weihnachtsstimmung zu bringen, gab es einen hübsch geschmückten Stand mit leckerem Glühwein. DJ Hauke sorgte für ausgelassene Stimmung und heiße Beats. Die Hauptorganisatoren, Landesjugendleiter Heiko Wille und die stellvertretende Landesjugendleiterin Liv Grolik, machten entspannte Gesichter und konnten den Abend wie alle anderen genießen. Wir hoffen, dass wir euch auch weiterhin in unsere Partyhalle locken können, um noch viele tolle Partys mit euch zu feiern. Für die Erteilung der Genehmigung durch ZPL möchten wir uns herzlich bedanken und wir freuen uns auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit im neuen Jahr. Die nächste Blaulichtparty der JUNGEN POLIZEI findet im Frühling dieses Jahres statt und wird in gewohnter Weise bekannt gegeben. In diesem Zusammenhang möchten wir euch auch auf Deutschlands größte Blaulichtparty-Internetseite, [www.blaulicht-party.de](http://www.blaulicht-party.de), und auf die neue Präsenz der JUNGEN POLIZEI auf Facebook aufmerksam machen.



## Bundesjugendkonferenz in Koblenz

Von Matthias Hoppe, JUNGE POLIZEI

Mitte November trafen sich Vertreter der JUNGEN POLIZEI aus allen Bundesländern im schönen Koblenz. Für Hamburg waren die stellvertretende Landesjugendleiterin Liv Grolik

sowie die Mitglieder der JUNGEN POLIZEI, Paul Klinger und Matthias Hoppe, dabei. Die Debeka-Versicherung stellte uns einen Tagungsraum in ihrer Zentrale in Koblenz zur

Verfügung. Dort wurden diverse wichtige Themen diskutiert. Eines der Top-Themen war der Castor-Transport, bei dem natürlich auch Teams der JUNGEN POLIZEI unsere

Kolleginnen und Kollegen vor Ort betreuten. Der Landesvorsitzende der **DPoIG Hamburg**, Joachim Lenders, besuchte uns in seiner Funktion als stellvertretender Bundesvorsitzender der **DPoIG** und erläuterte aktuelle gewerkschaftspolitische Themen. Zudem fand ein reger Austausch zwischen ihm und den Ländervertretern statt. Neben den Berichten aus den Bundesländern wurde auch der neue Imagefilm der JUNGEN POLIZEI vorgestellt, der in Kürze an die einzelnen Landesverbände versandt wird. Soviel sei gesagt: „Man darf gespannt sein!“



> Die Teilnehmer der Bundesjugendkonferenz in Koblenz.



> Aufmerksame Zuhörer: Die Seniorinnen und Senioren der **DPoIG Hamburg**.

## Jahrestreffen der Senioren

Volles Haus in der Landesgeschäftsstelle. Am 29. November lud die **DPoIG Hamburg** ihre Pensionäre zum alljährlichen Jahrestreffen ein. In gewohnter Weise hatte Jochen Laudon zusammen mit seinem Team wieder einmal für eine gemütliche Stimmung gesorgt. Der Veranstaltungsraum war bis auf den letzten Platz besetzt, als der Erststellvertretende Landesvorsitzende, Peter Ulawski, die Pensionäre bei „ihrer“ **DPoIG** begrüßte. Unsere pensionierten Kolleginnen und Kollegen verfolgten zunächst aufmerksam die Ausführungen von Peter Ulawski, der die aktuellen Entwicklungen innerhalb

der Polizei vorstellte und einen Überblick über die aktuelle gewerkschaftspolitische Situation gab. Manfred Sendecy, Leiter der Dienststelle ZP 6 (Soziales und Fürsorge), gab unseren Senioren wichtige Hinweise zum Beihilfe- und Versorgungsrecht. Es blieb auch noch genug Zeit für angeregte Gespräche im kleinen Kreis und am Schluss der Veranstaltung verabredeten sich die Teilnehmer und Teilnehmerinnen schon für das nächste Jahr. Ein herzlicher Dank gilt an dieser Stelle den fleißigen Helfern im Hintergrund. Ein besonderer Dank gilt hierbei den Mitarbeiterinnen unserer Geschäftsstelle. ■



> Ein herzlicher Dank gilt wiederum Jochen Laudon (Bildmitte), dem das Jahrestreffen seit vielen Jahren ein besonderes Anliegen ist.

### > Ruhestand

#### Folgende Kollegen sind zum 31. Dezember 2011 in den Ruhestand gegangen:

##### Polizeikommissariate/Zentraldirektion

KOK	Thorsten Mesch	PK 31
PHK	Gerd Slawikowski	PK 31

##### Landeskriminalamt

KHK	Jörn Nordheim	LKA 24
KHK	Detlef Schaller	LKA 51

##### Verkehrsdirektion

PHK	Paul Wehner	VD 42
-----	-------------	-------

##### Verwaltung und Technik

PHK	Jürgen Klauk	VT 45
-----	--------------	-------

#### Folgende Kollegen sind zum 31. Januar 2012 in den Ruhestand gegangen:

##### Polizeikommissariate/Zentraldirektion

POK	Manfred Fork	PK 14
KHK	Robert Loest	PK 46
PHM	Kurt Nentwich	PK 11

##### Verwaltung und Technik

PHK	Kurt Plagemann	VT 45
AR	Harald Schweim	VT 11

### > Verstorben

27.10.2011	Neumann, Werner	KHM i. R.	85
1.11.2011	Lempessis, Hans Heinrich	AiA	49
2.11.2011	Grün, Gisela	Ang. i. R.	88
4.11.2011	Kaiser, Friedrich	PHM i. R.	87
7.11.2011	Krumrei, Annita	Vae. i. R.	89
8.11.2011	Marquardt, Helmut	KOK i. R.	89
10.11.2011	Krug, Martin	PHM i. R.	90
11.11.2011	Kröger, Wolfgang	Kraftfahrer i. R.	63
15.11.2011	Lux, Werner	LPD i. R.	85
16.11.2011	Brüns, Helmut	PHM i. R.	70
17.11.2011	Kloß, Botho	PHM i. R.	85
18.11.2011	Müller, Ilse	Vae. i. R.	80
22.11.2011	Lauxmann, Rolf	POK i. R.	71
22.11.2011	Wolf, Jan-Heiner	PHM i. R.	61
25.11.2011	Reimann, Artur	EKKH i. R.	86
26.11.2011	Tillmann, Susanne	KHKin	53
5.12.2011	Gerken, Ernst	KHK i. R.	88
5.12.2011	Lorenz, Klaus	POK	51
8.12.2011	Schmidt, Kurt	PHM i. R.	89
16.12.2011	Tscheck, Heidrun	AiP	41
27.12.2011	Lindenberg, Kai	POK	46
4.1.2012	Erdmann, Günter	POK i. R.	74